

## Institutionelle Verstetigung von paradigmatischer Ausrichtung – Das Beispiel Sachverständigenrat

Gerade in Zeiten von Krisen wird verstärkt debattiert, ob und in welchem Ausmaß der akademischen Wissenschaftszunft eine Mitverantwortung an den krisenhaften Zuständen zukommt. Diese Debatten erfolgen dabei mit großer Spannweite – von der Selbstverteidigung krisierter Ökonomen, dass sie auf die Krise keinen Einfluss gehabt hätten,<sup>1</sup> über den Vorwurf des Irrens<sup>2</sup> bis hin zur Kritik an der aktiven Rolle von Ökonomen in der Ökonomie.<sup>3</sup> Auch der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ Deutschlands (SVR), bestehend aus fünf ÖkonomInnen, zog sich jüngst wieder mit der Bezeichnung „Rat der Ratlosen“ (Hickel 2010) harsche Kritik zu. Zentraler Punkt ist dabei die seit Jahrzehnten anhaltende „...marktoptimistische Vierermehrheit...“ (ebd. 2010), die auch im jüngsten 27. Gutachten erkennbar war. Über die Ebene der Gutachten hinaus soll nachstehend die Rolle dieser Gutachter in der Gesellschaft thematisiert werden.

### 1. Theoretische Grundlegung – Wissenschaftssoziologie und Performativität

Diese zentrale Kritik an den Wirtschaftswissenschaften, über lange Zeiträume eine relativ monolithische Ausrichtung zu praktizieren, wird vor allem wissenschaftssoziologisch fundiert. Hier geht man von lang bestehenden Paradigmen

- 
- 1 Z. B. von Hans-Werner Sinn, Leiter des Instituts für Wirtschaftsforschung in München, laut *Financial Times* (2009) neben Bert Rürup der einflussreichste Ökonom in Deutschland, der ein Versagen der Ökonomen mit der Begründung abwies, dass es um einen „anonymen Systemfehler“ ginge. Zudem zog er mit der Aussage „Damals hat es in Deutschland die Juden getroffen, heute sind es die Manager“ (*Tagesspiegel* 2008) harsche Kritik auf sich.
  - 2 Zum Irren der Ökonomen kritisch von Ökonomen selbst siehe z. B. Paul Krugman: „How Did Economists Get It So Wrong?“ vom 2.9.2007 in der *New York Times* (Krugman 2009).
  - 3 Z.B. in der Finanzkrise durch die aktive Beteiligung bei der Entstehung der Finanzmarktinstrumente – siehe hierzu weiter unten zur Performativitätstheorie.

innerhalb einer praktizierten „Normalwissenschaft“ aus, bevor diese wechseln (Fleck 1980, Kuhn 1973). Gemeinsame Grundpositionen werden geteilt und ebenso ein relativ einheitliches methodisches Herangehen praktiziert. So werden in der Phase der Normalwissenschaft auch Anomalien erfolgreich negiert bzw. integriert. Eine relativ monolithische Positionierung bei der Ergebnisrepräsentation ist ebenso Kennzeichen dieser Phase wie eine breite Ausfächerung des Wissensgebietes (Kuhn 1973: 34).

Während der Kuhn'sche Ansatz vor allem hinsichtlich der Paradigmenauffassung Kritik erfuhr, da mit dieser das Selbstverständnis von „Wahrheit“ im Sinne von „wissenschaftlich“ bzw. „gültig“ usw. neu erschüttert wurde (vgl. als Überblick: Rose 2004), wird mit dem neueren Ansatz der Performativity weitergehend auch nach der Teilhabe der Wissenschaftler selbst an dem, was gesellschaftlich gültig ist bzw. eintritt, gefragt.<sup>4</sup> Insbesondere mit Blick auf die Finanzmärkte wurde thematisiert, welchen Einfluss Ökonomen auf wirtschaftliche Abläufe haben, hier hinsichtlich der Ausformung dieser Märkte (Callon 1998, 2005, 2007; MacKenzie/Yuval 2003, MacKenzie 2006, 2007). Der Ansatz der Performativity of Economics ist aber über diese innovative Rolle von Ökonomen hinaus (Kreierung von Finanzmarktprodukten) breiter fundiert.<sup>5</sup> Denn die Wirkungsdimensionen der Ökonomen beziehen sich letztlich neben dem Wirtschaftsbereich auch auf die anderen Gesellschaftsbereiche: auf den Wissenschaftsbereich (hier z.B. als Lehrende), den Bereich der Politik (hier z.B. in institutionalisierten Gremien) bzw. den der Medien (hier z.B. durch konzertierte Aktionen wie Appelle) (vgl. Weiterführend Hirte 2010: 49ff). Gleichzeitig wird und muss in diesen Bereichen die eigene Reproduktion realisiert werden, denn eine spezifische Ausrichtung muss immer wieder neu fundiert und weitergegeben, gefestigt und gesellschaftlich verankert werden, um ihre Gültigkeit und Wirksamkeit aufrechtzuerhalten. Diese Schritte: (1) die Fundierung und Weitergabe, inhaltlich wie auch strukturell, z.B. in Lehrbüchern oder als so genannte „Lehrer-Schüler“-Kontinuitäten, (2) die Ausgestaltung, z.B. in der Forschung sowie (3) die gesellschaftliche Verankerung, z.B. über Medien oder Gremien, haben je nach Wissenschaftsbereich ihre spezifische Ausprägung.

---

4 Performativity hier im Sinne von „formen“. Ausgehend von der Bedeutung sprachlicher Äußerungen wird auf der Basis der Sprechakttheorie von Austin (1979) die generelle Ausdrucksdimension des Handelns hervorgehoben (Bachmann-Medick 2006: 105-133).

5 Die Bedeutung von Ideen wurde von Ökonomen selbst immer schon hoch eingeschätzt, vgl. Keynes, der meint, es sind „...die Gedanken der Ökonomen und Staatsphilosophen, sowohl wenn sie im Recht als wenn sie im Unrecht sind, einflussreicher, als gemeinhin angenommen wird.“ (Keynes 1952: 33). Und Krugman, auf die Intentionalität von Ideen insistierend, meint sogar: „... that bad ideas flourish because they are in the interest of powerful groups.“ (Krugman 1995: 732).

Nachstehend soll erstens auf diese drei Schritte der Paradigmenproduktion im ökonomietheoretischen Feld kurz eingegangen werden. Anschließend wird hinterfragt, ob und wie im Sachverständigenrat als institutionalisierte Form wirtschaftspolitischer Gremienarbeit diese Paradigmenreproduktion wiederzufinden ist, hier aber nicht in Konzentration auf die für den Sachverständigenrat typische Form der Wissensproduktion in Gutachten, sondern in Konzentration auf die Sachverständigen als Teilmenge der Wissenschaftsvertreter. Dabei stehen die Fragen der Fundierung und Weitergabe in Lehrbüchern sowie die personelle Reproduktion im Vordergrund. Abschließend wird gefragt, inwieweit Vertreter im Sachverständigenrat in Prozesse der gesellschaftlichen Verankerung involviert sind, die über die Gutachtenpublikation hinausgehen, z.B. über Appelle, Initiativen usw.

Methodische Herangehensweisen dazu sind die statistische Erhebung und inhaltliche Auswertung von Kernaussagen (Lehrbuchanalyse) sowie statistische Erhebungen personenbezogener Daten und deren Auswertung (Netzwerkanalyse).

## 2. Ökonomie als Normalwissenschaft – Paradigmatische Entwicklungen

Mit einer Analyse der Paradigmenentwicklung im Bereich Wirtschaftswissenschaften können nicht nur Spezifika dieses Bereiches offengelegt werden, sondern es wird auch verständlich, warum nach einer Phase des standardisierten und relativ vereinheitlichten Ablaufs der Ausbildung im Studium (1) im Bereich der Forschung relativ breit gefächerte Inhaltsbereiche anzutreffen sind (2), die aber im *going out* [mit einer Position in die Öffentlichkeit gehen], wie z.B. im Hamburger Appell u.a. Verlautbarungen (3), wieder als eine relativ stringente und einheitliche Position präsentiert werden.

### 2.1 Fundierung und Weitergabe: Was Standardlehrbücher beinhalten

Im Gegensatz zur immer wieder beteuerten Vielfalt in der Ökonomie beginnen fast alle ÖkonomInnen ihre Ausbildung mit dem Kernbereich des neoklassischen Paradigmas, der allgemeinen Gleichgewichtstheorie (nach Arrow/Debreu) bzw. dem Angebots-Nachfrage-Modell (vgl. Ötsch/Kapeller 2010). Dieser Zugang findet sich in allen gängigen Lehrbüchern der Mikroökonomie. Sie sind weltweit standardisiert (Stiglitz 1988, Lee/Keen 2004, Grimes 2009), ihre Inhalte zum großen Teil deckungsgleich. Neue Textbücher erscheinen wie Klone der bereits bestehenden (Hill/Myatt 2007: 58).

Ein typisches Lehrbuch beginnt mit der Diskussion grundlegender Prinzipien des „ökonomischen Denkens“ und geht dann zum Angebots-Nachfrage-Modell

über. Hier wird erklärt, wie Märkte über einen „Preismechanismus“ „funktionieren“, dargestellt im gängigen Angebots-Nachfrage-Diagramm mit fallender Nachfrage- und steigender Angebotskurve. Anschließend wird das Modell der vollkommenen Konkurrenz näher erläutert. Das Modell ist eine Popularisierung der (neueren) allgemeinen Gleichgewichtstheorie, die in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelt worden ist. Der Angebots-Nachfrage-Ansatz ist mit diesem Modell formal äquivalent, beide können durch das gängige Angebots-Nachfrage-Diagramm dargestellt werden. D.h., immer wenn das Diagramm zur Anwendung kommt, wird implizit das Modell der vollkommenen Konkurrenz vorausgesetzt – was aber oft vergessen wird. Mankiw (2001) z.B. wendet das Diagramm in seinem populären Lehrbuch der Mikroökonomie auf 850 Seiten 91mal an, diskutiert aber nicht, ob die institutionellen Voraussetzungen für die jeweilige Anwendung überhaupt gegeben sind.

Die bisher erwähnten Inhalte decken meist die erste Hälfte der Lehrbücher ab. In der zweiten Hälfte werden andere Markttypen diskutiert, wie Monopol oder Oligopol, dann oft die Faktormärkte oder die Rolle der Wirtschaftspolitik. In fast allen Fällen bleibt der Bezug zum Modell der vollkommenen Konkurrenz erhalten, z.B. als Beurteilungsrahmen für die Qualität wirtschaftspolitischer Maßnahmen. In dieser Hinsicht überrascht es nicht, dass viele Studierende das Modell der vollkommenen Konkurrenz als synonym mit einer mikroökonomischen Analyse von Märkten ansehen (Hill/Myatt 2007: 60).

Die standardisierten Lehrbücher der Mikroökonomie lenken das Denken der angehenden ÖkonomInnen systematisch in eine bestimmte Richtung. Die normierte „Einbahnstraße“ am Anfang schafft die Tendenz zu einem bestimmten Denkstil. Mit diesem verbunden sind die folgenden Ausprägungen:

- a) eine ahistorische Betrachtung der Wirtschaft, wodurch eine konservative Orientierung auf den Status Quo der bestehenden Gesellschaft begünstigt wird, sowie der potentielle Ausschluss prinzipieller Fragen zum Wirtschaftssystem (Colander/McGoldrick 2009: 6),
- b) das Suggestieren, in der Wirtschaft (bzw. auf „dem Markt“) würden ahistorisch und kontextfrei „Gesetze“ existieren. Dies korrespondiert mit einer Sicht „des Marktes“, dem implizit eine übergeordnete Stellung vor anderen Subsystemen der Gesellschaft eingeräumt wird (Ötsch 2009),
- c) vor allem aber: die methodische Fokussierung auf formale Modelle, wobei der methodische Zugang selbst nicht thematisiert und Alternativen kaum diskutiert werden.

Die standardisierten Lehrbücher der Mikroökonomie entfalten zudem ihre Wirkung nicht nur auf ÖkonomInnen, sondern auch auf die (viel größere) Gruppe von Anwendern, die eine Einführung in das ökonomische Denken in ihrem Studium erhalten, wie WirtschaftsjuristInnen, WirtschaftsinformatikerInnen,

JournalistInnen, PolitikerInnen, BetriebswirtInnen usw. Der mikroökonomische Denkstil prägt auf diese Weise das Denken einer zukünftigen Elite, die potentiell wichtige Positionen in der Gesellschaft einnimmt.

## 2.2 Ausgestaltung – das Prinzip der axiomatischen Variation

Der relativ monolithische Zugang zum Feld der Ökonomie kontrastiert scheinbar mit einer großen Fülle unterschiedlicher Theorieansätze und Richtungen. Mit dem Verweis auf diese wird von Vertretern des Mainstreams in der Regel das Vorhandensein eines solchen monolithischen Zugangs abgestritten. Viele dieser variierten Modelle entstanden jedoch (nur) in Revision und Bezug zur allgemeinen Gleichgewichtstheorie. Neue Modelle in der Neoklassik entstehen – vereinfacht gesprochen – indem ein oder mehrere Axiome des Standardmodells modifiziert werden. Dabei bleiben stillschweigend die Kernelemente des methodischen Herangehens enthalten, vor allem jedoch ihre grundlegenden Kategorien wie die Annahme eines „Homo oeconomicus“ oder die „des Marktes“.

Analog der Bildung von Hilfhypothesen im naturwissenschaftlichen Bereich (Lakatos 1974: 98f.) gilt in der Ökonomie das Prinzip der axiomatischen Variation (Kapeller 2011: 140ff.), d.h., ausgehend von den Axiomen<sup>6</sup> der allgemeinen Gleichgewichtstheorie werden einzelne Axiome modifiziert, verändert oder weggelassen. Damit wird erreicht:

- a) Man kann die modellmäßigen Implikationen der Variation erkunden, also – im Kontrast zum Standardmodell – ausfindig machen, wie „das Modell“ reagiert.
- b) Man kann ad hoc, ohne die Integration und den genauen Konnex zum Standardmodell zu thematisieren, neue reale Phänomene „erklären“.

Das Prinzip der axiomatischen Variation bzw. das Nebeneinander scheinbar unterschiedlicher Modelle sind daher nicht Ausdruck für einen abnehmenden oder verschwindenden Mainstream. Sondern scheinbare Heterogenität durch axiomatische Variation ist mit einem monolithischen Denkstil vereinbar. Dieses Herangehen verlangt vor allem eine axiomatisch-mathematische Formulierung der Argumente, d.h. die Methode formaler Modelle, ohne dies prinzipiell zu problematisieren (Ötsch 1991). Damit wird eine unendliche Zahl von Modellen innerhalb des Denkstils möglich: durch Variation der Axiome können immer neue Probleme aufgeworfen und einer „Lösung“ zugeführt werden (vgl. dazu Stigler 1957: 14).

---

6 Axiome als bedingende Voraussetzungen – z.B. in: Bucher (1998: 159ff.)

Das Variationsprinzip enthält auch einen Vorteil im Diskurs, wenn das neoklassische Paradigma selbst kritisiert wird.<sup>7</sup> Denn den KritikerInnen wird gesagt, sie sollten jene Modelle oder Modelltypen beachten, welchen den von ihnen monierten Kritikpunkten gerecht würden, bzw. den KritikerInnen wird generell vorgeworfen, sie würden die Fülle der aktuellen Modelle nicht kennen, d.h. über eine (verkürzte) „Neoklassik“ reden, die es gar nicht (mehr) gäbe. „Anomalien“ werden so zur Stärke des Paradigmas, dieses kann gegen Kritik immunisiert werden. Auch der Hinweis auf ein offensichtliches Versagen der Theorie, aktuell z.B. der Vorwurf, neoklassische ÖkonomInnen hätten die Krise ab 2007 bzw. 2008 nicht vorhergesehen bzw. nicht für möglich erachtet (vgl. Peukert 2010), wird mit dem Verweis auf neue Modelle begegnet, die zu entwerfen sind (z.B. indem man „gefährliche“ Finanzprodukte einbaut).

### 2.3 *Going public*: Monolithisches Positionieren

Die axiomatische Variationsbreite neoklassischer Modelle im Rahmen des vorherrschenden Denkstils erlaubt unterschiedliche Schlussfolgerungen für wirtschaftspolitische Anwendungen. Innerhalb des Denkstils kann ein markttradikales und nicht-marktradikales Denken unterschieden werden.

Ein prominentes Beispiel für die zweite Ausrichtung ist Joseph E. Stiglitz. Innerhalb des vorherrschenden Denkstils hat er die Annahme vollkommener Information durch die Annahme asymmetrischer Informationen ersetzt. Dem so geschaffenen Set von Modellen schreibt Stiglitz eine Relevanz für den ganzen Gegenstandsbereich der Ökonomie zu (Grosman/Stiglitz 1980): „Der Markt“ funktioniere auf diese Weise nicht „effizient“, nicht-marktradikale Wirtschaftspolitiken sind also angebracht.

Demgegenüber sind viele Ökonomen in ihrem Denken als markttradikal einzustufen. Dieser Begriff beinhaltet, dem „Markt“ Priorität vor allen anderen gesellschaftlichen Institutionen zuzuschreiben: Vor allem „dem Staat“ sei er prinzipiell überlegen. Zentral ist vor allem der Bezug zu den im Standardmodell behaupteten „Gesetzen des Marktes“, die als reale „Kräfte“ verstanden werden.

Die weite Verbreitung des markttradikalen Denkens und ihr Konnex zum neoklassischen Mainstream kann in verschiedenen Formen des *going public* festgestellt werden. Hinsichtlich dieser Formen können (a) Aufforderungen, z.B. Befragungen, (b) Initiativen (z.B. Appelle) sowie (c) institutionalisierte Formen (und hier in rein wissenschaftliche bzw. in übergreifende) unterschieden werden.

---

7 Zu weiteren Motiven zur Anwendung dieses Prinzips vgl. Tabelle 7.1 in: Kapeller (2011: 157).

(a) Aktuelles Beispiel für Aufforderungen sind Befragungen, z.B. die Internetbefragung unter den Mitgliedern des Vereins für Socialpolitik im Sommer 2006. Deren Ergebnisse wurden zusammenfassend als „Vormarsch der Neoklassik“ kommentiert.<sup>8</sup>

(b) Bei Appellen, wo sich von vornherein „Gleichgesinnte“ unter eine gemeinsame Ansicht sammeln, zeigt sich ein noch deutlicher Befund. Appelle entstehen meist in Reaktionen auf Ereignisse (z.B. die Finanzkrise) oder in Situationen mit potentiell neuen Entscheidungsoptionen, z.B. vor Bundestagswahlen. Ein Beispiel dafür ist der Hamburger Appell vom Juni 2005, der von Bernd Lucke (Universität Hamburg) u.a. initiiert wurde, den 253 ÖkonomInnen unterzeichneten und der dann vor der Bundestagswahl 2005 durch eine Anzeigenkampagne unter dem Slogan „250 Professoren – 10 Thesen – 1 Meinung“ verbreitet wurde. Die Kernaussagen im Hamburger Appell sind marktradikal und arbeitnehmerfeindlich; z.B., Eingriffe in die Gesamtnachfrage würden deren Struktur stören. Notwendig sei hingegen eine „niedrige Entlohnung der ohnehin schon Geringverdienenden“ (Hamburger Appell 2005). Der Appell empfahl auch, sich Länder wie Irland zum Vorbild zu nehmen – vier Jahre später machte Irland mit seiner Staatsverschuldung Schlagzeilen (siehe hier auch Fricke 2011).

(c) Dauerhaft institutionalisierte Form für das *going public* im Bereich Wirtschaftswissenschaften sind z.B. der Kronberger Kreis (KK) und das „Plenum der Ökonomen“ (PdÖ). Der 1982 gegründete „Kronberger Kreis“ ist ein Zusammenschluss von Ökonomen, welche sich als marktliberal verstehen, und der in der Funktion eines wissenschaftlichen Beirates für die im selben Jahr ins Leben gerufene „Stiftung Marktwirtschaft“ tätig ist. Seine Devise lautet „Mehr Mut zum Markt“ (Stiftung Marktwirtschaft 2011). Das „Plenum der Ökonomen“ (PdÖ) wurde 2010 im Zuge der Finanzkrise von Bernd Lucke, Professor an der Universität Hamburg, gegründet und versteht sich für Ökonomen als „elektronische Vollversammlung“ (Plenum der Ökonomen 2011). Im Februar 2011 unterzeichneten 189 Ökonomen dort eine „Stellungnahme zur europäischen

---

8 42 % der Befragten ordneten sich der „Neoklassik“ zu, 37% zu „Public Choice/Institutionelle Ökonomik“, 24% zu „Ordo-Liberalismus“, 7% zu „Supply Side Economics“, 5 % zu „Monetarismus“. Nur 12% nannten sich dem Keynesianismus zugehörig und nur 1 % dem „Sozialismus/Marxismus“ (12 % machten gar keine Angaben, Mehrfachnennungen waren möglich). Eindeutiger hingegen fiel die generelle Einschätzung zur Brauchbarkeit der Neoklassik aus. Sie erscheint 80% „wichtig zur Lösung der aktuellen wirtschaftspolitischen Probleme“ (30 % „stimme stark zu“, 50 % „stimme etwas zu“). Auch auf der Ebene der Methoden sind die deutschsprachigen Ökonomen von gemeinsamen Überzeugungen geprägt: Nur 32 % stimmten der Aussage zu: „Der nutzenmaximierende homo oeconomicus ist ein Zerrbild der Wirklichkeit und deshalb unbrauchbar“. Die Rücklaufquote bei dieser Befragung betrug 21 % von 2.674 Mitgliedern. (Frey/Humpert/ Schneider 2006).

Schuldenkrise“. In dieser wurden gemeinschaftliche Kredite im Zuge der geplanten Vergrößerung des EU-Rettungsschirms abgelehnt und staatliche Insolvenz vorgeschlagen. Kritiker meinten dazu: „In der Stellungnahme ... schimmert ein starker Glaube an die Effizienz der Finanzmärkte durch.“ (Ohanian 2011).

Ein weiteres Beispiel für eine dauerhaft institutionalisierte Formen des *going public* – hier über den Wissenschaftsbereich hinaus – ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Sie wurde im Dezember 1999 durch die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie gegründet mit dem Auftrag, eine „...moderne Reforminitiative zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft ...“ zu starten (INSM 2011). Die INSM entwickelt eine regelmäßige Medienarbeit für Zeitungen, Fernsehen und Rundfunk, auch in Medienpartnerschaften zu großen Zeitungen. Beispiele sind Inserate, das Bereitstellen von InterviewpartnerInnen, O-Töne für den Hörfunk bis hin zu fertigen Beiträgen für Print- und Fernsehmedien, die oft ohne Kennzeichnung der Quelle übernommen werden. Andere Versuche, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, sind Veranstaltungen der „Kinderuniversität“, die jährliche Kür eines „Reformers“ und eines „Blockierers des Jahres“ sowie die Bewertung deutscher Städte auf „Erfolg“ und „Dynamik“.

### 3. Der Sachverständigenrat und die Lehrbücher seiner Mitglieder

Der Sachverständigenrat gehört zu den fest installierten Einrichtungen für kontinuierliche Verlautbarungen. Juristische Grundlage für seine Bildung war das 1963 verabschiedete „Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (SVRG). Entgegen der Praxis, dass wissenschaftliche Beiräte autonom kooptieren, wurde zum SVR beschlossen, dass die Berufungen (lt. § 6 SVRG) durch den Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung erfolgen sollen. Ursprünglich war eine Zusammensetzung aus drei Wissenschaftlern und zwei Praktikern vorgesehen. Unter Bundeswirtschaftsminister Kurt Schmücker wurde Ende 1963 die Vorstellung präzisiert, dass zwei der jeweils Berufenen über „besondere Kontakte zur Gewerkschafts- bzw. Arbeitgeberseite verfügen sollten“ – was bei den ersten Berufungen 1964 durch die Berufung von Harald Koch und Paul Binder realisiert wurde (Tietmeyer 2003: 27-28).

Die Gutachten des SVR bzw. die Auffassungen darin werden mit (mindestens 3 Stimmen) Mehrheit gefasst (§8, Abs.1 SVRG). Minderheiten haben aber den gesetzlich verbrieften Anspruch, ihren abweichenden Standpunkt zu einzelnen Fragen in die Gutachten einzubringen (Minderheitenvotum § 3, Abs. 2 SVRG). Ob und inwieweit Minderheitenvoten entstehen, hängt von mehreren Umstän-



den ab. Die Vergangenheit hat aber gezeigt, dass dies nicht nur eine Frage der Zusammensetzung des SVR ist (siehe dazu unten mehr).

Insgesamt wurden in 47 Jahren 37 Personen berufen, davon bisher lediglich eine Frau (Beatrice Weder di Mauro) und dies seit 2004. Von den Mitgliedern des SVR haben 22 ein oder mehrere Lehrbücher verfasst (hier sind alle Autoren Männer). Von den 12 Generalsekretären des SVR waren zwei Autoren (Olaf Sievert war sowohl Generalsekretär als auch Mitglied des SVR, er ist aber kein Lehrbuchautor).<sup>9</sup> 13 der 24 Verfasser haben zwei oder mehrere Lehrbücher veröffentlicht. Zehn Bücher wurden mit Koautoren verfasst.

Insgesamt konnten 42 Lehrbücher von Mitgliedern des SVR (plus zwei von Generalsekretären) identifiziert werden. Fast alle Bücher gehören dem Bereich der Volkswirtschaftslehre an (inkl. Finanzwissenschaften). Daneben findet sich noch eine Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre (Horst Albach) und zwei weitere betriebswirtschaftliche Einführungen (Dieter Pohmer). Vier Bücher beschäftigen sich mit dem Gesamtbereich der Volkswirtschaftslehre, vier sind Einführungen in die Mikro-, vier in die Makroökonomie und vier zu Allgemeiner Wirtschaftspolitik. Die Kategorie Makroökonomie nimmt den größten Platz ein, hierzu zählen auch vier Bücher zu den Themen Konjunktur und/oder Wachstum, drei zum Thema Außenwirtschaft und sechs aus dem Bereich der Geldtheorie bzw. -politik. Drei Lehrbücher sind Einführungen in die Finanzwissenschaften, die weiteren sind Spezialthemen wie der Investitionstheorie oder der Geschichte der Nationalökonomie gewidmet.

Mit Ausnahme von Hans Karl Schneider und Rüdiger Pohl hatten alle anderen Autoren ihr erstes Lehrbuch vor ihrer (ersten) Bestellung als Mitglied zum SVR veröffentlicht. Im ersten Jahrzehnt des SVR waren nur Fritz W. Meyer (sein Lehrbuch wurde allerdings schon 1938 veröffentlicht), Herbert Giersch und Wolfgang Stützel Lehrbuchverfasser, während bei den ab 1978 bestellten Mitgliedern fast alle ein Lehrbuch verfasst haben (19 von 23).

Nachstehend wird sowohl zeitlich als auch positionsbezogen auf die Inhalte der Lehrbücher eingegangen.

---

9 Datenbasis für die Erhebung war das Zentralverzeichnis der Deutschen National-Bibliothek Leipzig. In die Erhebung gingen Skripten für Lehrgänge nicht ein (z.B. die umfangreichen Skripte von Rüdiger Pohl von 1978 – 1984 für die Fernuniversität Hagen). Nicht berücksichtigt wurden auch Handwörterbücher und Sammelbände. Da nicht alle Lehrbücher im Zentralverzeichnis der Deutschen National-Bibliothek Leipzig vollständig geführt sind, musste auch ein Abgleich als zusätzliche Recherche erfolgen (über Verlagsangaben sowie die Angaben auf den Universitätsseiten).

### 3.1 Lehrbuchpositionen der Mitglieder des SVR im Zeitverlauf – von keynesianischen zu marktradikalen Sichtweisen

Die untersuchten Lehrbücher dokumentieren den Wandel der deutschsprachigen Nationalökonomie über eine Zeitspanne von mehr als vier Jahrzehnten. Die ersten Lehrbücher (Fritz M. Meyer *Der Ausgleich der Zahlungsbilanz* von 1938 und Dieter Pohmers *Grundlagen der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre* von 1958) sind taxonomisch orientiert. Horst Sieberts *Einführung in die Volkswirtschaftslehre* zeigt in der 1. Auflage (1969), wie dominant das keynesianische Denken in den 1960er Jahren gewesen ist<sup>10</sup>, z.B. wird das Domar-Modell noch positiv dargestellt. Ein weiteres Beispiel sind die *Übungen in Volkswirtschaftslehre* (1. Auflage 1973) des SVR-Mitglieds Wolfgang Stützel (mit M. Blitz und W. Cezanne). Die Mikro- und die Makroökonomie – letztere vor allem anhand der Aggregat-Ströme beschrieben – gelten Anfang der 1970er Jahre allgemein als zwei gleichwertige Gebiete. Man sieht noch keine Notwendigkeit für einen vereinheitlichten Theorierahmen.

Auch die Lehrbücher von Ernst Helmstädter aus den 1970er Jahren zeigen Mikro- und Makroökonomie theoretisch gleichberechtigt nebeneinander. Die Klammer bildet der Gleichgewichtsbegriff: er „... erscheint mir wie kein anderer geeignet, den Stoff systematisch zu gliedern“ (Helmstädter 1979: vii). Helmstädter will ein problemorientiertes Denken in formalen Modellen vermitteln. Die mathematische Methode wird aber (in einer knappen methodischen Diskussion) eingeschränkt brauchbar beurteilt. Wirtschaften wird mehrdeutig definiert, zum einen (nach der traditionellen Definition von Lionel Robbins) als „rationale Disposition über knappe Mittel zur Erfüllung gegebener Zwecke“ (Helmstädter 1979: 2), zum anderen als ein sozialer Prozess, den man aber auch durch „Robinson-Modelle“ untersuchen könne, „um bei der Erörterung bestimmter wirtschaftlicher Fragen vom Einfluss der sozialen Umweltbedingungen ganz absehen zu können“ (Helmstädter 1979: 21).

Ein weiteres Beispiel sind die makroökonomischen Lehrbücher von Jürgen Kromphardt ab den 1970er Jahren (*Wachstum und Konjunktur*, 1. Auflage 1972, 3. Auflage 1993; *Arbeitslosigkeit und Inflation*, 1. Auflage 1987, 2. Auflage 1998; sowie *Grundlagen der Makroökonomie*, 1. Auflage 1998, 3. Auflage 2006). In *Arbeitslosigkeit und Inflation* wird die traditionelle keynesianisch orientierte Geld- und Fiskalpolitik einer „neoklassisch-monetaristischen“ gegenübergestellt. Erstere wird aus theoretischen und empirischen Gründen positiv eingeschätzt: „Die Erfahrungen [...] sprechen dafür, dass von ihr erhebliche Wirkungen ausgehen.

---

10 Diese Ansicht (eines damals dominierenden keynesianischen Herangehens) wurde später von Olaf Sievert in einem Rückblick auf den SVR abgelehnt (Sievert 2003: 34ff.).

Dies macht es umso wichtiger, sie richtig einzusetzen.“ (Kromphardt 1987: 185). Aber Kromphardt (er wurde 1999 auf Vorschlag der Gewerkschaften in den SVR berufen) befand sich schon in den 1980er Jahren in einer Minderheitenposition.<sup>11</sup>

Andere Lehrbücher aus den 1970er und 1980er Jahren dokumentieren den sich vollziehenden Paradigmenwechsel. Eine erste Andeutung findet sich in der ersten Auflage der *Einführung in die Grundbegriffe der Finanzwissenschaft* von Rolf Peffekoven (ab April 1991 im SVR) aus dem Jahre 1976. Hier werden die Kritiker der Angebotsseite nur kurz erwähnt (Peffekoven 1976: 125). Statt Deregulierung heißt es „sogenannte Entregulierung“. Auch die Laffer-Kurve, die später in der Angebotspolitik unter Reagan eine Rolle spielt, kommt kurz zur Sprache.

Ein Beispiel für eine Zwischenposition ist die *Konjunkturpolitik* von Werner Glastetter aus dem Jahre 1987 (Glastetter wurde im August 1979 in den SVR berufen). Als Kernfrage formuliert Glastetter: „Ist eine Konjunkturpolitik heute noch nötig, ist sie möglich – oder ist sie sogar obsolet?“ (Glastetter 1987: 16). Im ganzen Buch wird diese Frage aber nicht eindeutig beantwortet: „Die vorliegende Untersuchung kann dem Leser diese (letzte) Entscheidung nicht abnehmen.“ (Glastetter 1987: 18). Ähnlich sind diese Ausführungen auch in *Außenwirtschaftspolitik* (1. Auflage 1975) sowie in seinem Lehrbuch *Konjunktur- und Wachstumspolitik*, das immerhin bereits 1993 erschienen ist – jedesmal wird ein Zwei-Paradigmen-Bild entworfen.

Die Lehrbücher von Otmar Issing, Herbert Giersch und Helmut Hesse (Erstauflagen zwischen 1974 und 1977) kündeten von einer neuen Zeit. Issing argumentierte in der ersten Auflage seiner *Einführung in die Geldtheorie* (1974) noch ganz im IS-LM-Modell, die meisten Einträge im Namensverzeichnis erfolgten zu Keynes. Die weiteren Auflagen von 1976 bis 2011 werden dann immer mehr mit neoklassischer Mikroökonomie gefüllt. Man kann daher dort im Detail den Paradigmenwandel nachvollziehen.

Herbert Giersch war einer der einflussreichsten Ökonomen in der deutschen Nachkriegsgeschichte. In jungen Jahren noch Anhänger einer antizyklischen Konjunkturpolitik nach Keynes, wurde er später zu deren glühenden Gegner

---

11 In einer Meinungsumfrage unter professionellen Ökonomen Anfang der 1980er Jahre zu wirtschaftspolitischen Aussagen – wie: „Zölle und Importquoten verringern die wirtschaftliche Wohlfahrt der Gesellschaft“, oder „Ein Minimallohn erhöht die Arbeitslosigkeit unter den jugendlichen und ungelernten Arbeitnehmern“ – ergab laut Frey und Kirchgässner, „dass sich in wichtigen Fragen die Ökonomen in diesen Ländern (nämlich Deutschland, Österreich und Schweiz – Anm. d. V.) weitgehend einig sind. Der Konsensgrad [...] ist bei Aussagen über die Aussichten von Eingriffen in den Preismechanismus besonders hoch: Die professionellen Wirtschaftswissenschaftler sind sich der schädlichen Folgen sehr bewusst, und eine große Mehrheit lehnt sie deshalb ab.“ (Frey/Kirchgässner 1994: 476).

- bis dahin, dass er in den Jahren 1986 bis 1988 Präsident der Mont Pélerin Society war. Sein Lehrbuch *Konjunktur- und Wachstumspolitik in der offenen Wirtschaft*, in dem er ohne formale Modelle argumentiert, weist ihn als frühen Marktradikalen aus:
- „Der Markt“ bzw. „der Mechanismus der relativen Preise“ (Giersch 1977: 40) sind die zentralen Kräfte der Marktwirtschaft, sie besitzen potentiell optimale Wirkungen.
- „Der Markt“ bzw. die Marktwirtschaft ist ein „offenes System“, in dualen Gegenüberstellungen zu hierarchischen, „zentralgeleiteten“ bzw. „geschlossenen Systemen“. Alle „Eingriffe“, die nicht nur auf „Datenvariation“ abzielen, sind „Zwangseingriffe“ mit schädlichen Wirkungen: „Direkte Kontrollen beeinträchtigen die Lernfähigkeit.“ (Giersch 1977: 142ff.)
- Marktwirtschaft verkörpert Freiheit: „Der fundamentale Grund für die Überlegenheit der indirekten Verhaltensbeeinflussung durch Datenvariation ist wohl ein psychologischer. Zwar mag es (noch) Menschen geben, die eine Art Lust zum Gehorchen verspüren, aber in einer Zeit, in der sich die nicht-autoritäre Erziehung durchsetzt und Verhaltensmuster für spätere Lebensjahre bestimmt, muss man bei allen Formen des Zwangs mit zunehmend größeren Widerständen rechnen.“ (Giersch 1977: 146).
- Beschäftigung und Wachstum müssen durch „Daten“, d.h. angebotstheoretisch, erklärt werden.
- Die Grenzproduktivitätstheorie des Lohnes wird als empirisch relevant verstanden: der Reallohn bestimmt den Beschäftigungsgrad (mit Verweis auf das Jahresgutachten des SVR von 1967 (Giersch 1977: 63).
- Gewerkschaften üben „Marktmacht auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes“ aus (Giersch 1977: 261), ihre Politik sei wirkungslos oder schädlich.
- „Dauerhaft verhindern kann man unfreiwillige Arbeitslosigkeit nur mit Einkommens- und Marktpolitik.“ (Giersch 1977: 251). Erstere meint keine zu hohen Löhne, letztere: „Marktpolitik zieht darauf ab, die Transparenz am Arbeitsmarkt, die Mobilität der Wirtschaftssubjekte, die Flexibilität der Preise und Löhne und die sonstigen Funktionsbedingungen der Wettbewerbsordnung zu verbessern.“ (Giersch 1977: 257)

Giersch versteht sich als „objektiver Experte“, der andere, vor allem die Politik, zu erziehen habe:

„Wenn man sagt, eine Maßnahme oder ein Vorschlag sei theoretisch gut, aber politisch nicht durchsetzbar, so beschreibt das Wort ‘politisch’ sehr wahrscheinlich die Gesamtheit aller Dinge und Zusammenhänge, die im relevanten Gedankenschema (Paradigma) derer, die zustimmen müssen, noch keinen richtigen Platz gefunden haben, also noch gelernt und eingeübt werden müssen. [...] Die Wirtschaftswissenschaft kann zu dem politischen

Lernprozess einen Beitrag leisten, und zwar nicht nur über Schriften für Studierende, die dann einiges davon später in die Praxis umsetzen, sondern auch für kurze Sicht, sei es in vertraulicher Beratung, sei es durch Aufklärung der Öffentlichkeit.“ (Giersch 1977: 140)

Jürgen B. Donges, Vorsitzender des SVR von März 2000 bis Februar 2002, zeigt mit seinem Lehrbuch *Allgemeine Wirtschaftspolitik* (1. Auflage 2001, 3. Auflage 2009) exemplarisch die Argumentationsmuster moderner marktradikaler Wirtschaftspolitik. Nationale Wirtschaftspolitik muss nach Donges im Hinblick auf die „Effizienz“ „des Marktes“ beurteilt werden. Der „positiven Theorie“ kommt – ähnlich wie bei Giersch – die Rolle eines objektiven und ideologiefreien Schiedsrichters zu. Kriterium und Bezugspunkt ist der „Marktmechanismus“ nach der allgemeinen Gleichgewichtstheorie bzw. nach dem Modell der vollkommenen Konkurrenz. „Er erlaubt, Marktprozesse in Reinheit zu analysieren.“ (Donges 2001: 121). Die Kritik an den unzähligen Annahmen, die dem Modell zugrunde liegen (zum Überblick vgl. Ötsch 2009) wird erwähnt, aber nicht ernst genommen. Auf der Basis dieses Fundaments kann die aktuelle Wirtschaftspolitik dem strengen Urteil unterzogen werden, ob sie überhaupt zu „wirtschaftspolitischen Reformen“ in der Lage sei. In welche Richtung es dabei gehen muss, wird aus den einfachen mikroökonomischen Modellen geschlussfolgert. Sie „scheinen in sehr inflexiblen Regulierungen des Arbeitsmarktes, vieler Regulierungen von Produktmärkten sowie einem verhältnismäßig hohen Außenschutz der Volkswirtschaft zu liegen. [...] Ohne wirtschaftspolitische Reformen, darunter die Deregulierung im Inland, eine Marktöffnung nach außen, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, eine wachstumsorientierte Steuerreform sowie eine stabilitätsorientierte Geldordnung wird die Volkswirtschaft [...] keine Dynamik entfalten können, die sie auf einen höheren Pfad des wirtschaftlichen Wachstums bei höherer Beschäftigung bringen würde.“ (Donges 2001: 214f.).

Donges betont, wie viele marktradikal denkende ÖkonomInnen heute, die Existenz von „Staatsversagen“. Dieses wird in seinem Lehrbuch direkt aus der neuen politischen Ökonomie (bzw. *Public Choice*) abgeleitet. Politik wird in diesen Ansätzen rigoros der Logik „des Marktes“ unterworfen. Politik ist so (nur) eine spezielle Art von Markt. PolitikerInnen sind rationale Akteure, welche die Maximierung ihres eigenen Nutzens anstreben, d.h. sie sind „politische Unternehmer“ (Donges 2001: 191ff.). Parteien müssen wie Firmen und Wähler wie Kunden untersucht werden. „Der Markt“ ist in dieser Sichtweise „der Politik“ immer überlegen, nicht nur vom Diktum her, sondern ebenso auch aus Sicht der Effizienz. Denn Individuen, die auf individuelle Vorteile aus sind, produzieren systematisch unterschiedliche Resultate: „Dieses Verhalten führt [...] auf dem politischen Markt zu einem gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsverlust, während es am privaten Gütermarkt zu Wohlstandssteigerungen beitragen kann.“ (Donges 2001: 204). Denselben Standpunkt nimmt Lars P. Feld ein (er wurde im März

2011 Mitglied im SVR):<sup>12</sup> Feld wird für die geplante 4. Auflage des Lehrbuches *Demokratische Wirtschaftspolitik – Theorie und Anwendung* von Bruno S. Frey und Gebhard Kirchgässner neuer Koautor sein.

### 3.2 Lehrbuchpositionen der Mitglieder des SVR nach den Berufungs-Polen

Abschließend soll hinterfragt werden, ob auch auf Basis der Lehrbücher ein Unterschied im Denken der Mitglieder festgestellt werden kann, welche mit dem „Gewerkschafts-Ticket“ in den SVR kamen im Vergleich zu denen mit dem „Arbeitgeber-Ticket“.

Von den Mitgliedern im SVR, welche mit dem „Gewerkschafts-Ticket“ berufen wurden, haben Glastetter, Pohl, Franz, Kromphardt und Bofinger ein oder mehrere Lehrbücher geschrieben.

Das Lehrbuch von Glastetter nahm – wie schon gezeigt – eine Mittelstellung ein. Rüdiger Pohl präsentiert in *Geld und Währung* (1993) unterschiedliche Modelle aus verschiedenen Blickwinkeln, ohne marktradikale Interpretationen. Seine Positionen sind abwägend, etwa hinsichtlich des Vergleichs der Vor- und Nachteile flexibler und fester Wechselkurse (z.B. Pohl 1993: 110).

Das Lehrbuch von Wolfgang Franz *Arbeitsmarktökonomik* (1. Auflage 1991, 7. Auflage 2009) ist institutionenorientiert. Makroökonomische Modelle werden nicht behandelt. Das Lehrbuch kommt auch ohne Angebots-Nachfrage-Diagramm aus. Franz führt verschiedene Modelle an, es gebe aber kein „akzeptiertes ökonomisches Modell [...] welches alle Aspekte der Ursachenanalyse – d.h. alle Arten von Arbeitslosigkeit – konsistent beschreibt.“ (Franz 1991: 351). Die Behauptung einer „sozialleistungsinduzierten Arbeitslosigkeit“ wird kritisiert (Franz 1991: 368; ähnlich in *Der Arbeitsmarkt*, Franz 1993: 105). In beiden Lehrbüchern sieht Franz das Konzept einer „inflationstabilen Arbeitslosenquote“ als brauchbare Orientierungsgröße. Franz argumentiert pragmatisch und nicht einseitig, eine eindeutige paradigmatische Zuordnung ist nicht möglich.

Kromphardt und Bofinger hingegen vertreten eindeutig keynesianische Positionen, was sich auch an ihren regelmäßigen Minderheitspositionen im SVR zeigt. Kromphardts Lehrbücher – sie wurden bereits erwähnt – stehen für einen „alten“ Keynesianismus, Peter Bofingers Lehrbuch *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre* (1. Auflage 2003, 3. Auflage 2011) für einen modernisierten.

---

12 Feld, wie Donges im Kronberger Kreis aktiv, hat mit diesem und weiteren Autoren eine Publikation besonders weitsichtiger Pädagogik herausgebracht: Ein Pappbilderbuch von 56 Seiten mit dem Titel „Öffentliche Finanzen dauerhaft sanieren – in Deutschland und Europa“. Zum gezielten Einfluss der Ökonomie auf jugendliches Denken siehe die Studie von Möller/Hedtke 2011.

Bofinger unterteilt die Volkswirtschaftslehre in zwei große gleichberechtigte Hauptgebiete (Bofinger 2003: 26). Er argumentiert eher institutionell. In der Diskussion konkreter Fragestellungen wird das staatliche Handeln immer positiv kommentiert. Im Gegensatz zum marktradikalen Denken findet sich bei ihm keine dichotome Gegenüberstellung von Markt und Staat. Staat und Gewerkschaften (Kap. 9.6) werden weder theoretisch noch exemplarisch negativ kommentiert.

Bofingers Lehrbuchdarstellung der Mikroökonomie zeichnet sich durch eine systematische Relativierung des neoklassischen Standardmodells aus. In Kapitel 2 wird das gängige Marktschema in Bezug auf Keynes illustriert, z.B. zur Frage, warum die Aktienkurse so stark schwanken (Bofinger 2003: 38ff.). Arbeitslosigkeit wird von Bofinger zwar auch mikroökonomisch diskutiert (ebenso wie Keynes dies tat). Gleichzeitig wird aber auch die Möglichkeit von „gravierenden Ungleichgewichten“ betont, welche makroökonomische Ursachen hätten (Kap. 9.1).

Die aktuelle Marktwirtschaft sieht Bofinger von „hoher Effizienz“ geprägt. Trotz dieser gehe es aber nicht „ohne den Staat“; dieser sei u.a. für die Rechtsordnung, für Eigentumsrechte, für die Zahlungsfunktion des Geldes und für die Wettbewerbspolitik nötig (Kap. 10), ebenso für die sozialen Aufgaben: „Die Distributionsfunktion des Staates“ Sorge für den „sozialen Ausgleich“ in einer Marktwirtschaft. Dieser wird als notwendig angesehen, denn: „Ohne die Distributionsfunktion würden viele Menschen überhaupt kein Einkommen erzielen.“ (Kap. 11). Ebenso werden die Elemente des Sozialstaates wie Sozialversicherungssysteme positiv kommentiert (Kap. 12f.).

Für Lehrbuchautoren mit „Arbeitgeber-Ticket“ steht stellvertretend Horst Siebert. Dessen *Einführung in die Volkswirtschaftslehre* (1. Auflage 1996, 15. Auflage 2007) ist der Prototyp eines marktradikalen Lehrbuchs, in dem die Mikroökonomie die Makroökonomie vollends dominiert. Das Angebots-Nachfrage-Modell auf den Gütermärkten wird von ihm ohne Problematisierung direkt auf den Arbeitsmarkt angewandt und so die Höhe der Beschäftigung erklärt (Kap. 10).

Siebert ist wie fast alle Vertreter eines marktradikalen Denkens einem einfachen dualen Bild der Wirtschaft verhaftet: Die „dezentrale Autonomie“ der Marktwirtschaft wird stereotyp einer zentralen Instanz (wie Planbüro, Staat oder Politik) gegenübergestellt. Aber was „der Markt“ ist, wird nicht erklärt, insbesondere nicht, wie die Koordination von Angebot und Nachfrage auf Märkten erfolgt. Siebert erkennt, dass man dazu im Modell einen fiktiven „Superauktionator“ benötigen würde, welcher die Konsistenz der unzähligen Pläne alle Akteure zu gewährleisten hätte (vgl. dazu auch Ötsch 2009: 261ff. – das Modell der vollkommenen Konkurrenz enthält eine zentrale und autoritäre Koordinationsinstanz). Die Existenz einer solchen Person bzw. einer solchen Behörde wird trotzdem verneint und das, was hier geschehen soll, wird einfach „dem Markt“ gutgeschrieben: „Der Markt leistet die Aufgabe des Superkoordinators.“ (Siebert 2003: 184).

Im makroökonomischen Teil des Lehrbuchs zeigt Siebert den Apparat des „hydraulischen Keynesianismus“ (IS-LM-Diagramm), aber die ursprüngliche keynesianische Interpretation findet sich nicht – die „Hauptergebnisse“ liegen ja auch schon aus der Mikroanalyse vor. Keynes’ „These von der unzureichenden Nachfrage“ ist „ohne weiteres nicht zulässig“, da sie die mikroökonomischen Interdependenzen nicht berücksichtige. „Werden diese Interdependenzen beachtet, so lassen sich die Empfehlungen einer rein nachfrageseitig angelegten Makroökonomie nicht halten.“ (Siebert 2003: 313). Aus diesem Grund muss Fiskalpolitik ohnmächtig sein (Kap. 22.2).

#### 4. Zur Struktur des SVR

Nachstehend wird auf die Berufungen im SVR eingegangen, auf Schulenausprägungen sowie auf Mitgliedschaften im Prozess des *going public* seitens der Mitglieder im SVR (s. Abbildung 1).

##### 4.1 Berufungsdauer und Ausscheiden aus dem SVR

Die durchschnittliche Berufungsdauer im SVR beträgt 6,45 Jahre. Die Verweildauer umfasst eine Spanne von drei Jahren (z.B. Wolfgang Stützel, Otmar Issing) bis 15 Jahren (Olaf Sievert). Auffällig ist die im Durchschnitt kürzere Berufszeit der „Ticket“-Berufenen: sowohl bei denen mit „Gewerkschafts-Ticket“ (4,9 Jahre) als auch bei denen mit „Arbeitgeber-Ticket“ (6,1 Jahre). Die in den anderen drei Blöcken Berufenen weisen hingegen eine Verweildauer von durchschnittlich acht Jahren auf.<sup>13</sup> Einerseits kann man diese Tendenz als Bemühungen um zeitadäquate Berufungspolitik der „Ticket-Vergeber“ deuten, andererseits als Hang zur Cliquenbildung innerhalb der Wissenschaftskohorte im SVR.

Kurze Berufszeiten können unterschiedlichste Gründe haben. Für eine vorzeitige Beendigung der Tätigkeit im SVR kommen prinzipiell in Frage:

- 1) *Tod*: Beispiel ist hier Wilhelm Bauer, der am 04. Juli 1974 verstarb.
- 2) *Amtsannahme* (SVRG § 1): Laut §1 SVRG schließen sich Mitgliedschaft im SVR und Mitgliedschaft in Regierung oder anderen gesetzgebenden Körperschaften bzw. Funktionen im öffentlichen Dienst des Bundes oder der Länder (ausgenommen Wissenschaftsangehörige) aus. Otmar Issing wechselte z.B. 1990 in das Direktorium der Bundesbank und schied somit aus dem SVR aus und

---

13 Hier sind die beiden Letzberufenen (Lars P. Feld, Christoph M. Schmidt) noch nicht inbegriffen.



Abbildung 1: Berufungen im SVR 1964-2011

2010	Bofinger, P. seit 3/04	Schmidt, Ch. seit 3/09	di Mauro, Ch. seit 6/04	Feld, J. seit 5/11	Franz, W. seit 2/03
2005		Rürup, B. 3/00 - 2/09		Wiegard, W. 3/01 - 5/11	
	Kromphardt, J. 3/99 - 2/04		Weber, A.A. 3/02 - 4/04		Siebert, H. 1/91 - 2/03
2000			Donges, J. 4/92 - 2/02	Peffekoven, R. 4/91 - 2/01	
1995	Franz, W. 5/94 - 2/99	Hax, H. 3/89 - 2/00			
	Pohl, R. 7/86 - 2/94		Schneider, H.K. 7/82 - 2/92	Pohemer, D. 7/84 - 2/91	Issing, O. 4/88 - 9/90
1990		Hesse, H. 3/85 - 11/88			Helmstädter, E. 3/83 - 2/88
1985	Mertens, D. 3/84 - 2/86	Sievert, O. 5/70 - 2/85		Schmidt, K. 8/74 - 5/84	Albach, H. 5/78 - 2/83
	Krupp, H.-J. 3/82 - 2/84		Fels, G. 6/76 - 2/82		
1980	Glastetter, W. 8/79 - 8/81				Gutowski, A. 12/70 - 2/78
	Köhler, C. 5/74 - 2/79		Kloten, N. 6/69 - 4/76		
1975				Bauer, W. bis 7/74	Schäfer, M. 3/68 - 7/70
1970	Köhler, C. 12/69 - 2/74	Giersch, H. bis 2/70			
1965	Koch, M. bis 5/69		Stützel, W. 2/66 - 9/68		Binder, P. bis 2/68
1964			Meyer, F.W. bis 2/66		
	„Gewerkschafts-Ticket“			„Arbeitgeber-Ticket“	

Quelle: Nach Glöckner (2003: 111) und neueren Angaben

ebenso ist die kurze Berufszeit von Helmut Hesse begründet – er wechselte 1988 zur Landeszentralbank von Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

3) *Diskrepanzen*: Seit Bestehen des SVR existiert das Problem des Umgangs mit differenzierten Anschauungen innerhalb des SVR. Austritte aus Diskrepanzen heraus sind Ausdruck dieser Problemkonstellation. Dabei traten bisher zwei Austrittsarten auf:

a) *Eigene Erklärung*: Hierunter zählt Wolfgang Stützel, der 1968 aus dem SVR ausschied. Er war mit seiner Position gegenüber den Aufwertungsbefürwortern in Minderheit und als er erfahren hatte, dass die anderen vier Mitglieder, ohne ihn informiert zu haben am Gutachtentext arbeiteten, erklärte er seinen Austritt. Ebenfalls im Zuge der Wechselkursdebatten Ende der 1960er Jahre verließ Harald Koch den SVR (Schanetzky 2006: 107 u. 109). 1981 trat Wolfgang Glastetter aus dem SVR aus. Er war der erste als offener Kritiker geltende Berufene in den SVR und die Diskrepanzen, die zu seinem Austritt führten, waren auch von grundsätzlichem ordnungspolitischen Charakter (Schanetzky 2006: 205 u. 211).<sup>14</sup>

b) *Nichtwiederberufung*: Für die Nichtwiederberufung steht das Beispiel Wolfgang Franz aus dem Jahr 1999. Nach dessen Berufung 1994 folgten Gutachten mit relativ einheitlicher Ausrichtung: „Nur bessere Angebotsbedingungen für die Wirtschaft können im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit helfen.“ (Schmid 1998) Daher hatten die Gewerkschaften für Nicht-Wiederberufung plädiert.

c) *Abberufung*: Neben dem Austritt gibt es auch noch die Möglichkeit der Abberufung. Sie trat das erste Mal 1988 auf. Hier wurde Ernst Helmstädter trotz seiner Bereitschaft zur Wiederwahl abberufen, weil sonst im Falle seiner Wiederberufung zwei andere Mitglieder des SVR zurücktreten würden<sup>15</sup> (Helmstädter 1988, 34).

Insgesamt gab es in den 47 Jahren der Existenz des SVR 30 Jahre ohne Austritt, Nichtwiederberufung oder Abberufung eines Mitglieds. Zwei Phasen waren somit relativ frei von derartigen Vorkommnissen: die Phase 1968 (Ausscheiden

---

14 Glastetter forderte im Zuge der zweiten Ölkrise eine aktive Gesamtnachfragepolitik. Für Schanetzky markiert diese Zeit, in der Glastetter den SVR verließ, auch die endgültige angebotstheoretische Wende innerhalb des SVR (Schanetzky 2006: 211).

15 Nach den Angaben von Helmstädter waren das Hans Karl Schneider und Helmut Hesse. Unmittelbare inhaltliche Differenzen gingen dem nicht voraus, sondern Helmstädter vermutete eine Retourkutsche in Reaktion auf seinen Austritt aus dem Forschungskuratorium des RWI Essen, dessen Institutspräsident damals Schneider war und der ihm dies verübelt hätte, da sich Helmstädter mit der Diagnose verabschiedete, er „wolle nicht mitverantwortlich gemacht werden für die vom Präsidenten Schneider nicht gemeisterte, vor 7 Jahren schon vom Wissenschaftsrat gerügte Führungsmisere dieses Instituts.“ (Helmstädter 1988: 34).

von Wolfgang Stützel) bis 1979 (Eintritt von Werner Glastetter) und die Phase 1999 (Ausscheiden von Wolfgang Franz) bis heute.

#### 4.2. Zur „4 + 1“-Konstellation

Im SVR gab es ab Anfang der 1970er Jahre offene Minderheitsvoten, als Claus Köhler mit der Mehrheit des Rates hinsichtlich der fiskalischen Fragen nicht mehr mitging und eine abweichende Vorstellung dokumentierte (Schanetzky 2006, 203). Ab Ende der 70er Jahre, als der keynesianische Konsens unter den Ratsmitgliedern endgültig aufgebrochen war und 1979 Werner Glastetter, der vorher u.a. als Referent am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung gearbeitet hatte, in den SVR berufen wurde, war die „4 + 1“-Konstellation entlang der Angebots-/Nachfrage-Debatte ausgerichtet. Nur seit dem Wirken von Wolfgang Franz trat bis 1999 eine fünfjährige „Pause“ ein. Nach dessen Sicht war eine „längst überfällige Integration beider Aspekte“ fällig (Schmid 1998). Ab 2003 war Franz über das „Arbeitgeber-Ticket“ wieder im SVR. Auf dem „Gewerkschaftsticket“ folgten 1999 Jürgen Kromphardt und 2004 Peter Bofinger.

Einerseits wird die „4 + 1“-Konstellation als negativ bewertet, da die „Uneinigkeit zwischen den Ratsmitgliedern nicht die Schlagkraft der Argumente des SVR“ (Franz 2008, 7) fördern würde. Zudem wird das „4 zu 1-Ergebnis“ von ihm (2008) geringgeschätzt:

„Tröstlich kommt für die übrigen Ratsmitglieder hinzu, dass die seit einigen Jahren erscheinenden penetranten Minderheitsvoten immer nur ein und desselben Ratsmitglieds sich mit der Zeit ziemlich abnutzen.“ (Franz 2008: 7)

Umgekehrt wird diese Konstellation wertgeschätzt, hier von dem Ökonomen Rudolf Hickel, der zu den nachfrageorientierten Ökonomen gerechnet wird:

„Insgesamt steht die Nominierung der Sachverständigen unter starkem Konsenszwang des Rats. Immerhin sind gegenüber der Vierer-Mehrheit wertvolle Minderheitengutachten eingefügt worden.“ (Hickel 2003: 1)

Dem „Mehrheitsrat“ bescheinigt Hickel allerdings seit den 1970er Jahren „konzeptionelle Redundanz“ und fordert daher eine Berufungspraxis, bei der unterschiedliche Denkströmungen und Disziplinen zu Wort kämen (Hickel 2008: 198), denn mit der verfestigten „4+1“-Konstellation ab den 1970er Jahren wurde der SVR, das Gremium, in dem vom Auftrag her „unabhängige Sachverständige“ tätig sein sollten, immer mehr selbst zum Bestandteil politischer Auseinandersetzungen (Schanetzky 2006: 205) entlang der Scheidelinie angebots- versus nachfrageorientiert bzw. arbeitgeber- versus arbeitnehmerfreundlich. Nachstehend soll hinterfragt werden, ob sich dieser Dualismus auch hinsichtlich der so genannten „Lehrer-Schüler“-Verhältnisse widerspiegelt.

### 4.3 Schulenausprägungen im SVR

Hinsichtlich der Lehrer-Schüler-Verhältnisse wurde hier der Indikator Promotion/Habilitation/Assistenz benutzt. Berücksichtigt man neben den Mitgliedern (als „Schüler“) nur die Nichtmitglieder (als „Lehrer“), die mehr als einen „Schüler“ hervorbrachten, erhält man nachstehende Aufstellung (s. Abbildung 2).

Deutlich erkennbar ist hier die Herausbildung einer Reproduktionsstruktur um die Personen Gustav Walther Hoffmann, Erwin von Beckerath, Erich Gutenberg und Günter Schmölders als Nichtmitglieder des SVR. Hinzu kommt hier Herbert Giersch als Mitglied des SVR, bei dem Olaf Sievert, Jürgen Donges und Gerhard Fels promoviert hatten, die später auch Mitglieder im SVR wurden.

Auffällig dagegen ist die fehlende Reproduktionsstruktur bei denen, die mit dem „Gewerkschafts-Ticket“ berufen worden sind (vgl. Abb. 1). Hier gibt es nur zwischen Claus Köhler und Rüdiger Pohl eine Verbindung – Pohl hatte bei Köhler promoviert und habilitiert.

Die geographischen universitären Zentren der genannten Akteure sind: Tübingen (Erwin von Beckerath, Paul Binder, Norbert Kloten), Kiel (Gustav Walther Hoffmann, Herbert Giersch), Saarbrücken (Herbert Giersch, Olaf Sievert), Köln (Günter Schmölders, Erich Gutenberg, Gerhard Fels, Jürgen Donges), Mainz (Kurt Schmidt, Rolf Peffekoven).

### 4.4 Mitglieder des SVR in weiteren Institutionen und Initiativen des *going public*

Die Mitglieder des SVR (unter Einschluss der Generalsekretäre) haben an folgenden *going public*-Aktionen teilgenommen, die über ihre Mitgliedschaft im SVR hinausgehen und als Förderung marktradikaler Ansichten interpretiert werden können:

- a) Mitgliedschaft im Kronberger Kreis: Stützel, Franz, Sievert, Issing, Fels und Donges.
- b) Kuratoren und Botschafter bei der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM): Feld, Hüther, van Suntum und Peffekoven.
- c) Unterzeichner des Hamburger Appells: Feld, Hüther, und van Suntum.
- d) Unterzeichner des Plenums der Ökonomen: Feld und van Suntum.

Auf den ersten Blick sehen diese Zahlen klein aus. Bedenkt man jedoch, dass der Kronberger Kreis 1982 und die INSM 2000 gegründet und der Hamburger Appell 2005 und das Plenum der Ökonomen 2010 verfasst wurde, dann sind die Anteile der Mitglieder des SVR eher als hoch einzuschätzen. Unter den Vertretern der letzten beiden Generationen sind hier allein vier vertreten: Jürgen Donges, Wolfgang Franz, Rolf Peffekoven und Lars P. Feld.

Abbildung 2: Betreuer/Promovenden/Habilitanden-Verhältnisse im SVR, nur Mehrfachbeziehungen

von Beckerath, E.	→ Binder, P. → Kloten, N. → Schmidt, K.	→ Peffekoven, R.
Gutenberg, E.	→ Albach, H. → Hax, H.	
Schmölders, G.	→ Rürup, H.-A. → Scherhorn, G.	
Hoffmann, W.-G.	→ Giersch, H.	→ Sievert, O. → Donges, J. → Fels, G.
	→ Kromphardt, J. → Hesse, H.	
Stützel, W.	→ Bofinger, P.	
Schneider, H.-K.	→ Siebert, H.	
Köhler, K.	→ Pohl, R.	

Quelle: Eigene Darstellung

Im Kronberger Kreis – unter den Mitgliedern das am meisten aufgesuchte Gremium – waren bzw. sind allein 20% der möglichen Mitglieder<sup>16</sup> des SVR vertreten, in der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft 14%. Den Hamburger Appell haben 10% der möglichen Mitglieder unterschrieben und immerhin noch 8 % wirken auch im Plenum der Ökonomen mit.

## 5. Schluss

Ziel des Beitrags war zu analysieren, inwieweit sich ein „4 zu 1“-Verhältnis im SVR neben den Positionen in den Gutachten auch wissenschaftsseitig widerspiegelt, insbesondere im Bereich Lehrbücher, Berufungspraktiken und *going public*. Wie gezeigt werden konnte, ist diese Konstellation in allen drei Bereichen deutlich ablesbar: Die jeweiligen Mitglieder des SVR vertreten in den Lehrbüchern entsprechende Positionen; im Bereich Berufungspraktiken sind Reproduktionsmuster – wenn auch nicht durchgängig – deutlich erkennbar und ebenso sind die Mitglieder des SVR in den typischen Gremien des *going public*, in denen

<sup>16</sup> D.h. die Mitglieder, die mindestens bis 1982 zum Gründungszeitpunkt des Kronberger Kreises noch gelebt haben.

marktradikale Positionen vertreten werden, zu finden. Besonders deutlich ist die Zunahme dort in den letzten Jahren abzulesen.

Beachtet man diese Ergebnisse zudem im eingangs angeführten Kontext des gesamten Wirkungsspektrums von Ökonomen, unterstreichen diese ebenso die Bedeutung der Mitglieder des Sachverständigenrates als in die Gesellschaft hineinwirkende. Als „Rat der fünf Weisen“ oft karikiert bzw. glorifiziert oder als „Rat der Ratlosen“ kritisiert, zeigen die Ergebnisse, dass das Wirken der Ratsmitglieder über ihre Gutachterstätigkeit hinausgeht. Jahrzehnte üben bzw. übten sie mit entsprechenden Positionen als Lehrende Einfluss aus und die Konstanz der Strukturbildungen zur eigenen „schulischen“ Herkunft belegt die Stetigkeit und Relevanz dieses Wirkens und der Ausrichtung. Bedenklich ist dabei, dass die auf Marktradikalität ausgerichteten Ökonomen innerhalb des Sachverständigenrates gerade in den letzten Jahren zugenommen haben – in Zeiten zunehmender ökonomisch gravierender Probleme werden dort ebenso zunehmend „radikale“ Antworten favorisiert.

## Literatur

Eine vollständige Liste der 42 Lehrbücher der Mitglieder des Sachverständigenrates kann von den AutorInnen bezogen werden.

- Austin, John L. (1979): *Zur Theorie der Sprechakte* (How to do things with words). Stuttgart.
- Bachmann-Medick, Doris (2006): *Cultural Turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften*. Reinbek bei Hamburg.
- Bofinger, Peter (2003): *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre*. München.
- Bucher, Theodor G. (1998): *Einführung in die angewandte Logik*. Berlin.
- Callon, Michel (1998): *The Laws of the Markets*. Oxford.
- Callon, Michel (2005): *Why Virtualism paves the way to political Impotence*. In: *European Electronic Newsletter*, Vol. 6, No. 2: 3-20.
- Callon, Michel (2007): *What Does It Mean to Say Economics Is Performative?* In: MacKenzie, Donald, Fabian Muniesa, Lucia Siu (Hg.): *Do Economists Make Markets? On the Performativity of Economics*. Princeton: 311-357.
- Colander, David; McGoldrick, KimMarie (2009): *The Teagle Foundation Report: the economics major as part of a liberal education*. In: Colander, David; McGoldrick, KimMarie (Hg.): *Educating Economists – The Teagle Discussion on Re-evaluating the Undergraduate Economics Major*. Cheltenham: 3-39.
- Donges, Juergen B. (2001): *Allgemeine Wirtschaftspolitik*. Stuttgart.
- Fleck, Ludwik (1980): *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache*. Suhrkamp.
- Franz, Wolfgang (1991): *Arbeitsmarktökonomik*. Berlin.
- Franz, Wolfgang (1993): *Der Arbeitsmarkt. Eine ökonomische Analyse*. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich.
- Franz, Wolfgang (2008): *Wirtschaftspolitische Beratung und Wirtschaftspolitik in Deutschland*. Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie an der Universität St. Gallen. Bamberg.

- Frey, Bruno S., Humbert, Silke und Schneider, Friedrich (2007): Was denken deutsche Ökonomen? Eine empirische Auswertung einer Internetbefragung unter den Mitgliedern des Vereins für Socialpolitik im Sommer 2006. In: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, Vol. 8, No. 4: 359-377.
- Frey, Bruno S.; Kirchgässner, Gebhard (1994): *Demokratische Wirtschaftspolitik. Theorie und Anwendung*. 2. Auflage, München.
- Fricke, Thomas (2011): Kuriose Professorenrufe. In: *Financial Times Deutschland* vom 25.02.2011.
- Giersch, Herbert (1977): *Allgemeine Wirtschaftspolitik, Zweiter Band: Konjunktur- und Wachstumspolitik in der offenen Wirtschaft*. Wiesbaden.
- Glastetter, Werner (1987): *Konjunkturpolitik. Ziele, Instrumente, alternative Strategien*. Köln.
- Glöckler, Wolfgang (2003): Sachverständigenrat und Statistisches Bundesamt: 40 Jahre Zusammenarbeit. In: *Vierzig Jahre Sachverständigenrat*. Wiesbaden: 107-122.
- Grimes, Paul W. (2009): Reflections on introductory course structures. In: Colander, David; McGoldrick, KimMarie (Hg.): *Educating Economists – The Teagle Discussion on Re-evaluating the Undergraduate Economics Major*. Cheltenham: 95-98.
- Grossmann, Sanford J. und Stiglitz, Joseph E. (1980): On the Impossibility of Informationally Efficient Markets, In: *The American Economic Review*, 70(3): 393–408.
- Hamburger Appell (2005): *Hamburger Appell*. Text + Unterzeichner. <http://www.wiso.uni-hamburg.de/institute/institut-fuer-wachstum-und-konjunktur/hamburger-appell/>(Stand 20.05.2011).
- Helmstädter, Ernst (1979): *Wirtschaftstheorie I. Mikroökonomische Theorie*. 2. Auflage, München, Berlin und Köln).
- Helmstädter, Ernst (1988): Und kein bisschen weise. Professor Ernst Helmstädter schildert die Hintergründe seines Abschieds aus dem Fünfferrat. In: *Die Zeit* 14/1988: 34.
- Hickel, Rudolf (2003): *40 Jahre Rat der „Fünf Weisen“*. Ungelöste gesamtwirtschaftliche Probleme trotz oder wegen der „Sachverständigen zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“. In: <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m2003c.pdf> (Stand 10.03.2011).
- Hickel, Rudolf (2010): Rat der oftmals Ratlosen: Marktoptimistische Vierermehrheit. In: *Neues Deutschland* vom 08. November 2010.
- Hill, Roderick; Myatt, Anthony (2007): Overemphasis on Perfectly Competitive Markets in Microeconomics Principles Textbooks. In: *Journal of Economic Education*, Vol. 38, No. 1: 58-77.
- Hirte, Katrin (2010): Performativity of Economics – ein tragfähiger Ansatz zur Analyse der Rolle der Ökonomen in der Ökonomie? In: Ötsch, Walter; Hirte, Katrin; Nordmann, Jürgen (Hg.): *Krise. Welche Krise? Zur Problematik aktueller Krisendebatten*. Marburg: 49-75.
- INSM (2011): *Ein FAQ über die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*. In: <http://www.insm.de/insm/ueber-die-insm/FAQ.html> (Stand 10.03.2011).
- Kapeller, Jakob (2011): *Modell-Platonismus in der Ökonomie. Zur Aktualität einer klassischen epistemologischen Kritik*. Linz.
- Keynes, John M. (1952): *Allgemeine Theorie der Beschäftigung des Zinses und des Geldes*. Berlin.
- Krugman, Paul R.: (1995): Cycles of Conventional Wisdom on Economic Development. In: *International Affairs*, Vol. 72, No. 1: 717-732.
- Krugman, Paul (2009): How Did Economists Get It So Wrong? In: *New York Times Magazine* vom 02. September 2009. In: <http://www.nytimes.com/2009/09/06/magazine/06Economic-t.html> (Stand 20.01.2010).
- Kuhn, Thomas S. (1973): *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*. Frankfurt am Main.
- Lakatos, Imre (1974): Falsifikation und die Methodologie wissenschaftlicher Forschungsprogramme. In: Lakatos, Imre/Musgrave, Alan (Hg.): *Kritik und Erkenntnisfortschritt*. Braunschweig.
- Lee, Frederic S.; Keen, Steve (2004): The Incoherent Emperor: A Heterodox Critique of Neoclassical Microeconomic Theory. In: *Review of Social Economy* LXII/2: 169-199.

- MacKenzie, Donald (2006): *An Engine, Not a Camera. How Financial Models Shape Markets*. Cambridge.
- MacKenzie, Donald (2007): Is Economics Performative? Option Theory and the Construction of Derivatives Markets. In: MacKenzie, Donald, Fabian Muniesa, Lucia Siu (Hg.): *Do Economists Make Markets? On the Performativity of Economics*. Princeton: 54-86.
- MacKenzie, Donald, Yuval Millo (2003): Constructing a Market, Performing Theory – The Historical Sociology of a Financial Derivatives Exchange. In: *American Journal of Sociology*, Vol. 109, No. 1: 107-145.
- Mankiw, Gregory N. (2001): *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre*. Stuttgart.
- Ohanian, Mathias (2011): Renommierete Ökonomen demontieren Plenum-Vorstoß. In: *FTD Wirtschaftswunder*. <http://www.ftd.de/wirtschaftswunder/index.php?op=ViewArticle&articleId=2602&blogId=10> (Stand 10.05.2011).
- Möller, Lucca; Hedke, Reinhold (2011): *Wem gehört die ökonomische Bildung?* Bielefeld.
- Ötsch, Walter Otto (1991): Gibt es eine Grundlagenkrise der neoklassischen Theorie? In: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Vol. 208, No. 6: 642-656.
- Ötsch, Walter Otto (2009): *Mythos Markt*. Marktradikale Propaganda und ökonomische Theorie. Marburg.
- Ötsch, Walter Otto; Kapeller, Jakob (2010): Perpetuating the Failure: Economic Education and the Current Crisis. In: *Journal of Social Science Education*, 9/2: 16-25.
- Peffekoven, Rolf (1976): *Einführung in die Grundbegriffe der Finanzwissenschaft*. Darmstadt.
- Peukert, Helge (2010): *Die große Finanzmarktkrise. Eine staatswissenschaftlich-finanzsoziologische Untersuchung*. Marburg
- Plenum der Ökonomen* (2011): Homepage Startseite. In: <http://www.wiso.uni-hamburg.de/lucke/> (Stand 10.05.2011).
- Pohl, Rüdiger (1993): *Geld und Währung*. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich.
- Reuter, Norbert (2001): Aufbruch in die Vergangenheit. In: *Die Zeit* 42/2001: 42.
- Rose, Uwe (2004): *Thomas S. Kuhn: Verständnis und Missverständnis. Zur Geschichte seiner Rezeption*. Göttingen.
- Schanetzky, Tim (2006): *Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982*. Berlin.
- Schmid, Klaus-Peter (1998): Wo ist der Skandal? Die Fünf Weisen sind zu sehr auf Angebotslinie. Nun will die Regierung ausgerechnet den einzigen Abwechler ersetzen. In: *Die Zeit* 52/1998.
- Siebert, Horst (2003): *Einführung in die Volkswirtschaftslehre*. 14. Auflage Stuttgart.
- Sievert, Olaf (2003): Vom Keynesianismus zur Angebotspolitik. In: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hg.): *Vierzig Jahre Sachverständigenrat 1963-2003*. Wiesbaden 34-46.
- Stigler, George J. (1957): Perfect Competition, Historically Considered. In: *Journal of Political Economy*, Vol. 65, No. 1: 1-17.
- Stiglitz, Joseph (1988): On the market for principles of economics textbooks: Innovation and product differentiation. In: *Journal of Economic Education*, Vol. 19, No. 2: 171-177.
- Tietmeyer, Hans (2003): Die Gründung des Sachverständigenrates aus Sicht der Wirtschaftspolitik. In: *Vierzig Jahre Sachverständigenrat*. Wiesbaden: 22-33.
- Tagesspiegel (2008): 1929 traf es die Juden – heute die Manager. Interview mit Hans-Werner Sinn. In: *Tagesspiegel* vom 27.10.2008. <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/Finanzen-Finanzkrise;art130,2645880> (Stand 10.02.2010)